

# Der Arbeiter-Weltstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Frangiergeld, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechs Mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Agenten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2914. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Bieder, G. m. b. H., Verantw. für Inhalt: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2914. Halberstadt, den 27. März 1930. Verantwortl. für den Inhalt: Paul Bieder, Domplatz 48. Fernruf 2914. Halberstadt, den 27. März 1930. Verantwortl. für den Inhalt: Paul Bieder, Domplatz 48. Fernruf 2914.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restausgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wochentag ist bei der Zahlung vorzuzahlen. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2914), Halberstädter Tagesblatt 4529 und Volksbuchhandlung (Steigerweg) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 74

Donnerstag, den 27. März 1930

5. Jahrgang

## Regierungskrise?

### Heute muß die Entscheidung fallen.

#### Ergebnislose Verhandlungen.

Amlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Reichstages abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurden die Verhandlungen über das Finanzprogramm fortgesetzt. Die Besprechungen werden in einer für Donnerstag 10 Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluß gebracht werden.

Die politische Lage hat sich am Mittwoch noch nicht geklärt. Die Verhandlungen der Parteiführer, die den ganzen Nachmittag dauerten, haben vorerst noch keine Annäherung der Parteien ergeben. Unverändert groß ist vor allem der Gegensatz bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem Feuerertragsprogramm. Demgegenüber treten die Meinungsverschiedenheiten, die bei den Steuererhöhungen für das Jahr 1930 bestehen, in den Hintergrund.

Der Vermittlungsvorschlag zur Arbeitslosenversicherung, der in den Nachverhandlungen zum Dienstag von Demotretan und Zentrum gemacht wurde, ist von der Deutschen Volkspartei insofern abgelehnt worden, als sie nicht bereit ist, eine Beitragserhöhung über 3½ Prozent hinaus zu billigen. Die Sozialdemokratie, die den Vorschlag abgelehnt hatte, weil er die bisherige unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches in eine beschränkte Zuständigkeit verwandelt, hat in den Parteiführerbesprechungen einen neuen Vorschlag gemacht. Er weist in drei Punkten von dem Antrag der Volkspartei ab, und zwar soll einmal, wenn die Zuschüsse des Reiches nicht ausreichen, das Reich den notwendigen Bedarf durch Darlehen decken. Ferner soll der Vorbehalt der Reichsanstalt, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erweitern, lediglich erniedrigt werden, die erforderlichen Maßnahmen zur Deckung der Verordnungen der Reichsanstalt und der Reichsregierung Vorklänge zur Vermeidung des Gefalles unterbreiten. Soweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, soll der Vorstand die Beiträge auf 3½ Prozent erhöhen. Schließlich soll eine Veränderung der gesetzlich festgesetzten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Von diesen Vorschlägen sind die Aufrechterhaltung der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reiches die größte Bedeutung. Sie löst jedoch im bürgerlichen Lager ebenfalls auf den allergrößten Widerstand, da sämtliche bürgerlichen Parteien eine Beschränkung der Leistungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung wünschen. Die einen wie zum Beispiel die Deutsche Volkspartei, wollen die Abgabe von Abgaben der Leistungen ausüben wollen, die anderen, Demotretan und Zentrum, will sie die Unfähigkeit, die dem Reichstag durch die Arbeitslosenversicherung droht, zu beilegen wünschen. Da es nicht gelang, in der allgemeinen Besprechung die Gegenstände auszuräumen, wurden die sozialpolitischen Sachverhalte der Fraktionen zu einer Sonderberatung veranlaßt, die am Mittwoch in den Abendstunden stattfand.

Bei der Ausgabenerparnis und Steuererhöhung treten ebenfalls die bereits in der Nachmittags am Mittwoch nach dem Abendessen herauf. Obwohl unbestritten ist, daß die beiden Punkte der Schuldenreduktion und Abmilderung der Kosten im Jahre 1931 eintrittenden Ersparnis zur Senkung von Steuern Verwendung finden sollen, bestehen sowohl über die Höhe als auch über die Art dieser Steuererhöhung abweichende Meinungen. Die Deutsche Volkspartei verlangt Festsetzung von:

Steuererhöhungen in Höhe von 700 Millionen, obwohl die Reichsregierung nur mit einer Ausgabenersparnis von 600 Millionen rechnet. Von der Sozialdemokratie wird dagegen gefordert, daß diese Summe überhöht wird, so daß es gesetzlich ist, schon jetzt Steuererhöhungen in diesem Ausmaß zu beschließen. Die Deutsche Volkspartei will außerdem eine Senkung von solchen Steuern, die den Reich einfließen, während die Sozialdemokratie sich die Senkung der Lohnsteuer und der Zinsteuer, die bereits in dem Dezemberprogramm der Reichsregierung vorgesehen war, festgelegt wissen will.

Am geringsten sind die Meinungsverschiedenheiten über die Steuererhöhungen.

Die Mineralwassersteuer findet starken Widerstand, so daß sie voraussichtlich fallen wird. Der Höchstbetrag kann durch die Benzinsteuervermehrung aufgehoben werden, wenn die innere Ausgleichsabgabe so hoch festgelegt wird, daß ein Sondergesetz die infünftigen Erzeuger für Benzin und Benzol vernichten wird. Die Sozialdemokratie besteht ferner darauf, daß die Aufhebung der Lohnsteuererhöhungen im Jahre 1931 nicht erfolgt und die übrigen Parteien sich hierzu jetzt bereits festlegen.

Ob es in den weiteren für Donnerstag in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird, zu einer Verständigung zu kommen und damit die Krise der Regierung und die

Gefährdung des parlamentarischen Systems durch die drohende Annäherung des Art. 48 zu verhindern.

wird in erster Linie davon abhängen, ob die Sozialdemokratie ausreichende Sicherungen für den Bestand der Arbeitslosenversicherung durchsetzen kann. In dieser Frage ist die Deutsche Volkspartei durch ihre bisherige Haltung jedoch auf das härteste gebunden, so daß es vorerst noch sehr fraglich ist, ob das Ziel der Sozialdemokratie erreicht werden kann und dadurch der Weg frei wird zu einer, wenn auch schwächeren, so doch innerlich befriedigender Einigung in den künftigen Finanzfragen.

#### Auf dem toten Punkt.

Die Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverhalte der Regierungsparteien, die am Mittwoch bis 22.30 Uhr über die Arbeitslosenversicherung geführt wurden, verliefen ebenfalls ergebnislos. Heute vormittag werden sich die Parteiführer nochmals mit der Lage befassen, anschließend tritt das Reichstagskabinett zusammen.

#### Weiteres Verhandeln zwecklos.

Das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, schreibt heute morgen zu dem bisherigen Verlauf der interfraktionellen Verhandlungen über die Finanzprobleme: „Es wird sich im Laufe des heutigen Vormittags zeigen müssen, ob eine Einigung der Parteien gefunden werden kann. Für den Fall, daß auch die für heute vorgeschlagenen Parteiführerbesprechungen ohne klare Ergebnisse bleiben, können wir unsere Auffassung nur wiederholen, daß dann weitere Verhandlungen und ein weiteres Hin- und Her der Entscheidung nicht nur zu erstlos sind, sondern den Interessen des Reiches und auch der deutschen Demokratie nur schädlich sein können. In die Stelle der Verhandlungen werden dann verantwortungs-

bewusste Entscheidungen treten müssen, um jene gefährliche Wunde auszufüllen, die das Verlangen der Parteien offen gemacht hat.“

#### Regierungs-Rücktritt?

Der „Vorwärts“ äußert starke Bedenken, ob bei der Haltung der Deutschen Volkspartei in der Arbeitslosenversicherungsfrage in der heutigen Vormittagskonferenz ein Ergebnis erzielt werden könne. Wenn keine Einigung aufzukommen, dann habe es das Kabinett zunächst nur mit seiner eigenen Vorgabe zu tun, deren schleunigste Erledigung es dann vom Reichstag verlangen müsse. Ein Rücktritt der Regierung kann ebenso logischerweise nur dann in Frage kommen, wenn der Reichstag die Erledigung der Regierungsfragen verweigert oder wenn er sie ablehnt oder schließlich wenn er sie zu verurteilt, daß die Regierung die Zustimmung verweigert zu müssen glaubt. Uns scheint es auf alle Fälle die Pflicht der Regierungsparteien zu sein, der Regierung die Vertretung ihrer Vorlagen vor dem Reichstag zu ermöglichen und in aller Öffentlichkeit die Entscheidung über das Schicksal der Finanzreform und damit auch der Regierung beizuführen.

#### Wenn der Reichstag verjagt.

Dann tritt Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft. Berlin, 27. März. (Eig. Funke). In unterfraktionellen Kreisen verankert, daß der Reichstagspräsident entscheiden ist, eine Finanzreform am Stand des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen und zu diesem Zwecke ein Kabinett bereits in Aussicht genommen habe.

## Der Justizetat vor dem Landtage.

### Verlängerung der Gewerbesteuer. — Auch die „freien Berufe“ müssen zahlen.

Berlin, 26. März. (Eig. Bericht).

Der Landtag verabschiedete am Mittwoch in dritter Lesung und damit endgültig das Gesetz über die

Aufhebung der Fideikomisse.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes muß nunmehr die Aufhebung der Fideikomisse bis 1938 vollzogen sein. Damit ist der zwingende Vorstoß der Reichsregierung, die nach bestehendem Familien- und Hausvermögen anzuführen, für Preußen endlich Genüge geschehen.

In zweiter Lesung wurde dann die

Verlängerung der Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931

angenommen. Das Haus stimmte der Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen zu. Damit sind nunmehr auch die

freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen.

Eine Ausnahme machen allerdings diejenigen, die der reinen Kunst und der reinen Wissenschaft dienen. Für sie ist eine Freigrenze von 6000 Mark vorgesehen. Die Reichsparteien hatten wiederum einen Antrag eingebracht, die Freilassung der Konsumgenossenschaften von der Gewerbesteuer zu streifen. Der Antrag fiel in namentlicher Abstimmung. Am Schluß wurde schließlich auch der deutsche nationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages an den Ausschuß zurückverwiesen.

In der fortgesetzten Aussprache über den Justizhaushalt wurde als erster Redner

#### Justizminister Dr. Schmidt

das Wort. Man kann diesem Minister, der dem Zentrum angehört, die Anerkennung nicht verweigern, daß er mit Energie und Sachverstand bemüht ist, die Preussische Justiz zu reformieren. Doch er hier die größten Widerstände zu überwinden, liegt bei der bekannnten Einstellung eines großen Teils der Richterchaft auf der Hand. Dieser Minister hat sich nicht nur — muß genug für einen Zentrumsmann! — offen als Gegner der Todesstrafe betannt, er will nicht allein die hohe Zahl jener Strafverurteilungen einschränken, die wegen geringfügiger Delikte eingeleitet werden, er kämpft nicht allein gegen die überhandnehmende Plebejensjustiz durch eine Einschränkung der Abnahme von Eiden, er proklamiert auch und handelt nach dem selbstverfälschenden Grundsatz, daß

kein geringeres Staatsvergehen es zulassen kann, daß die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt sind, die der bestehenden Staatsform feindlich oder auch nur innerlich fremd gegenüber stehen.

Daß bei dieser „Aufzäumungsarbeit“ die Sozialdemokratie den Minister tatkräftig unterstützt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß die sozialdemokratische Fraktion durch den

an den jetzigen Zuständen der Preussischen Justiz scharfe Kritik überließ. Bei allen Reformbestrebungen des Ministers liegt noch sehr vieles im Argen, ist es nun rein organisatorisch, wie in Berlin bei den Arbeits- und Sondergerichten, ist es bei der Strafverurteilung von geringfügigen Delikten, bei denen es sich um kleine Summen handelt, so daß es in unzähligen Fällen die Strafverurteilung von sogenannten Reineiden. Aber darüber hinaus ist es vor allem die Verfeinerung der Urteile, die der Öffentlichkeit das Recht geben, noch von einer „Lassen-jußiz“ zu sprechen. Wenn der junge Graf Stolberg wegen „scharfloser Fälschung“ zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wird und ein Arbeiter, der seinen als Ehrenkodex betrachteten Vater in der Notwehr und in dem Augenblick erschlägt, als dieser die Mutter aufs äußerste bedroht, 12 Jahre Zuchthaus aufgekant bekommt, so kann nur immer wiederkehrende Kritik solcher Zustände den Anstoß zur Besserung geben. Das gleiche trifft auch zu gegenüber der offenen und verletzten Staatsfeindlichen Einstellung vieler Richter.

Auch mit den Anhängern der Todesstrafe rednete der sozialdemokratische Redner sehr gründlich ab. Abgesehen davon, daß schon rein menschlich gesehen in einem geordneten Staatsapparat die Todesstrafe nicht die ultima ratio sein darf, die Tatsache, daß bei einem Verurteilten die blühende Arbeit des Verkäufers irre paratod ist, sollte genügen, dieses barbarische, mittelalterliche Bestrafungsmittel abzuschaffen. Die Kommunisten, die für Deutschland zwar die Todesstrafe abschaffen wollen, aber jede von den vierzig täglich inhaftierten wapplosen Sträflingen nicht nur billigen, sondern auch nach als Strafmittel vorzuziehen, müßten bei diesen Ausführungen betreten schweigen.

Ein Kapitel für sich ist der Suppeliparagraph. Es kommt zu B. immer wieder vor, daß eine Mutter wegen Suppeliparagraph verurteilt wird, weil die Tochter mit ihrem Verlobten in der Wohnung unbescheidet zulassen war. Auch hier muß endlich und gründlich Wandel geschaffen werden. Sollte man alle Mütter wegen desselben „Verbrechens“ unter Anklage stellen, das Holz in den deutschen Wäldern würde nicht ausreichen, um daraus Anklagescheine zu gewinnen. Auch die meisten Strafen müßten ihre gottlichen Wurzeln verlieren.

Abg. Büditz (Dtn.) verteilte selbstverständlich das System der heutigen Justiz. Für ihn gibt es bei den Richtern ausnahmslos nur Unparteilichkeit und Pflichterfüllung, man ein „gelegentliches“ Fehlurteil nichts ändern könne. Abg. Knieß (Dtn.) stellte fest, daß die Wirksamkeit des Ministers es dahin gebracht habe, daß man heute immer weniger von einer Vertauschung der Justiz höre. Der Kommunist Dohs beschwerte sich über die unzureichende Behandlung seiner Parteifreunde.

Weiterberatung Donnerstag.





# Wir vergrößern

unsere Abteilungen für

# Handarbeiten in Schuhwaren

Vor dem Umzug veranstalten wir einen

**Extra-Verkauf zu außergewöhnlich billigen Preisen!!**

Handarbeiten		SCHUHWAREN		Handarbeiten	
<b>Canevas-Kissenplatten</b> bunt vorgedruckt . . . . . 1.95	95 Pf.	<b>Braune Rob-Chevreux-Damen-Spangenschuhe</b> bequemer Laufabsatz Paar . . . . .	6 <sup>90</sup>	<b>Burschen-Rob-Chevreux-Halbschuhe</b> 36/39 . . . . .	7 <sup>50</sup>
<b>Läufer</b> mit Einsatz und Spitze garniert . . . . .	50 Pf.	<b>Ein Posten Damen-Spangenschuhe</b> mit Blockabsatz . . . . . Paar	2 <sup>95</sup>	<b>Burschen-Lack-Schnür-Halbschuhe</b> in verschiedenen Ausführungen . . . . . Paar	8 <sup>50</sup>
<b>1 Posten einzelne Tablettdecken</b> gezeichnet . . . . . Stück	15 Pf.	<b>Ein Posten Damen-Lack-Spangenschuhe</b> moderne Form . . . . . Paar	5 <sup>75</sup>	<b>Herrn-Lack-Schnür-Halbschuhe</b> bequeme Form . . . . . Paar	8 <sup>90</sup>
<b>1 Posten Wolldecken-Reste</b> Stück . . . . .	8 Pf.	<b>Ein Posten Kinder-Lack-Spangenschuhe</b> 23/24 . . . . . 3.75 18/22	2 <sup>75</sup>	<b>Herrn-Rindbox-Schnürstiefel</b> in verschiedenen Formen . . . . . Paar	8 <sup>90</sup>
<b>1 Posten Zephyr-Wolle</b> einzelne Farben . . . . . Knäuel	5 Pf.	<b>Ein Posten schwarze Kinder-Schnürstiefel</b> 23/26 . . . . . 2.95 18/22	1 <sup>85</sup>	<b>Herrn-Rob-Chevreux-Schnür-Halbschuhe</b> Paar . . . . .	8 <sup>90</sup>
<b>Konfitüren</b>		<b>Die große Model! Zweifarbig Damen-Spangenschuhe</b> mit bequemem Laufabsatz . . . . . Paar	7 <sup>90</sup>	<b>Konfirmations-Karten</b> Schriftkarten, 1/2 Stk 25 Pf., 10 Stk 25 Pf. Buchkarten . . . . . Stück 15 Pf., 2 Stück 15 Pf.	
<b>4 Tafeln Oster-Vollmilch-Schokolade</b>	95 Pf.	<b>1 Posten Damen-Lack- und feinfarbige Pumps</b> ganz neue Formen . . . . . Paar	8 <sup>90</sup>	<b>Zum Schulanfang</b>	
<b>1 Pfund Funschbohnen</b>	75 Pf.	<b>Ein Posten Damen-Leder- und Dam.-Plüsch-Pantoffel</b> Paar . . . . .	95 Pf.	<b>Schieferplatten</b> poliert . . . . . Stück	50 Pf.
<b>1 Pfund Rumtrüffel</b>	75 Pf.	<b>Enorm billig! 1 Posten Damen-Leder- Niederstreifer</b> in allen Modelfarben mit Pompon . . . . . Paar	2.50	<b>Schiefergriffel</b>	10 Pf.
<b>1 Pfund Gelee-Würfel</b>	50 Pf.			<b>1 Schreibhefte</b>	25 Pf.
<b>Federtaschen</b> in großer Auswahl 3.50 2.50 1.95 1.75	95 Pf.			<b>Taschkasten</b> Stück . . . . . 95 60 28	15 Pf.
				<b>Buntstifte</b> mit 6 Farben . . . . .	25 Pf.
				<b>Buntstifte</b> mit 12 Farben . . . . .	50 Pf.

# WILLY COHN

**Synagogen-Gemeinde.**  
Freitag, den 28. März, abends 6 1/2 Uhr. Sonnabend, den 29. März, morgens 8 Uhr. Sabbat - Ausganga: 7 Uhr 30 Min. Donnerstags morgens 6 Uhr, abends: 6 1/2 Uhr.

**la Blumentöpfe zur Konfirmation**  
von 1.00 Mk. an.  
Streuwaren und Girlanden - Schnittblumen und Gemüße u. Wollentwürfen zu billigen Preisen.  
Garten Erde Sedans und Spiegelstr. und Gddenstraße Nr. 22  
R. Frühaufr.

**Paul Schölers moderne Selbstbücherei**  
enthält nur andere Bücher besserer Schriftsteller und wird reichhaltig durch Neuzugänge ergänzt. Jeder Band die Höhe 30 St. Reicher Glanz noch Wind.  
Karl-Liebknechtstraße 14.

Wegen Entlassung bin ich gezwungen zu räumen, und bietet sich daher günstige Kaufgelegenheit an.  
**blühende Topfen zur Konfirmation.**  
Daher sind noch Stunden, 2 Aben, Komposterde, Dünger und Konfirmationskarten abzugeben.  
**Bernh. Pöe, Gartenbaubetrieb,**  
Dinter dem Salvator-Kranenband.

**Blumen-Haus**  
**Adolf W. Bürger**  
gegenüber der Stadt Sparkasse  
Telefon Nr. 2807

**Blühende und grüne Topf-Pflanzen**  
in größter Auswahl

**Spiritiosen**  
in bekannt nur bester Qualität!

**Nordhäuser,** 25% . . . . . Liter Mk. 3.00  
**Alter Nordhäuser,** 25% . . . . . Liter Mk. 3.30  
**Alter Kornbranntwein**  
weil 25% . . . . . Liter Mk. 3.40  
**Alter Kornbranntwein**  
weil 40% . . . . . Liter Mk. 4.00  
**la Weinbr.-Verschn.,** 25% . . . . . Liter Mk. 2.50  
**Echter Weinbr.,** 8 Stern, 25% . . . . . Liter Mk. 4.80  
**Sämtliche Spiritiosen lose v. 1/2 Liter an**

**Weinhandlung H. A. Leßmann**  
Wessendorf 46 Halberstadt Fernruf 1457

**Jung, fettes Rindfleisch**  
Vid. 6.00 Mk. Ronfabas Vid. 1.30 Mk.  
Salbfleisch Vid. 1.00 Mk. Steile 1.20 Mk.  
Br. Mählerenhammelfleisch Vid. 40-80 Mk.  
Schubammelfleisch Vid. 6.00-8.00 Mk.  
Rinder-Leber, -Oese, -Kinn, -Gäster, nicht u. gefüllt. Fr. Wäfflerleber Sandwurst, barte Westwurst, Vid. 1.80 Mk.  
Transitfahrschein 20.

**Zur Konfirmation**  
empfehle preiswert große Auswahl blühende Topfpflanzen  
W. Fredersdorf.

**Achtung! Hausfrauen! Etes**  
Ein solcher Schlag ist unsere  
**Chrenpreis-Margarine**  
das Vid. 1 Mk. u. 15 Pf. Rabatt od. 3 Gutscheine im Weidmarkt wie gute Butter.  
So urteilen alle Konsumenten. Nur an haben im  
**Butterbesal-Geschäft Hoheweg 4.**  
Kofe Ecke Dominikanerstraße 101/102.

**Hochzeit-Fahrten** Autoruf  
im eleganten, fabrikenen Privat-Auto fährt preiswert aus  
**Gustav Klisch** 2170  
Am Berge Nr. 3.

**Autoruf**  
**Adolf Simon** 2351  
Volkenstraße Nr. 47

**Jagd-Gelegenheit!**  
Jagd-Gelegenheit auf Bock- und Rowild, Sauen, gewähre kostenlos Herrn, der mir 2000 Mark gegen angemessene Zinsen auf ein Jahr überläßt. Offerte Herrnjäger befördert diese Zeitung.

**100 Mt.** aahl Verteller, wenn "Diebold" nicht los, bei Dentsch und Tier Kopf, Fritz, Kiebers-Knie, Wibe (Gru) uer. Hal. Beites Adifalmitzel gegen Bettau nur Preis u. Gebardi, Seigt 14.

**Knicker eier**  
billig zu verkaufen  
Magdeburgerstraße 8.

**Einserieren bringt Gewinn**  
Künderwagen zu vert. Nischenabaten 2, 3 u. r.  
Kleiner Handwagen an vert. Tübenstr. 22.

**HACKERB RÄU**  
Donnerstag, 27. und Freitag, 28. März  
**Schlacht-Essen**  
**Bockbier**  
(Hell)

**Achtung!**  
**Ausnahme-Angebot!**  
Freitag, den 28. März und Sonnabend, den 29. März gebe ich trotz meiner außerordentlich billigen Preise beim Einkauf im Werte von 1 Mark  
**1 Tafel Vollmilch-Schokolade gratis!**  
*Das Zirkelbäcker*  
Oto Flemming  
Halberstadt  
Heinrich-Juliusstraße . . . Kühlingerstraße 28

**Wo** kaufe ich meine Obi- und Gemüßkonferenzen eigener Fabrikation preiswert u. gut?

**Paul Franke** Käßlingerstraße 15  
Ecke Sadstraße.  
Stangenorgel, lehr. billig, 1/2 kg Dole von 2.50 3/4 Mk. an  
Junge Schmitzbohnen 1/2 kg Dole 60 und 70 Pf.  
Gem. Gemüße, kein, das Heile vom Besten 1.20 1/2 Pf.  
Geben Vertier u. gelben. Sorten, Gänsebl u. Spinat.  
Anerkante Früchtekonferenzen:  
Erdbeeren, rot eingekelt 1/2 kg Dole nur 1.45 3/4 Pf.  
Schwittenmotten 1/2 kg Dole nur 1.10 3/4 Pf.  
Schärfstrüben mit Steinen 1/2 kg Dole nur 1. - 3/4 Pf.  
Erdbeeren . . . . . 1/2 kg Dole nur 95 Pf.  
Deibelbeeren . . . . . 1/2 kg Dole nur 90 Pf.  
Apfelsauce (rot) . . . . . 1/2 kg Dole nur 60 Pf.

**Albert Willig** Seydlitzstraße 31  
gegenüber der Halterne.

**Empfehle zur Konfirmation ff. Aufschnitt**  
Schokates Schinken Kaffee  
Leberkäse Lachsfilets  
Jungenspellete Zerschinkeln  
Fischkäse Schinkenwürstl sowie  
Jagdwurst Kalbs u. Schweinefleisch

**Hermann Biskaborn,**  
Fleischermesser  
B. d. Strichen 10 E. d. Rischhaus 8.

**Achtung!** **Achtung!**  
Empfehle zur Konfirmation (trotz freigelegter Preise):  
Junges fettes Rindfleisch . . . . . Pfund 0.80 Mk.  
Schweinefleisch . . . . . Pfund 1.20 Mk.  
Schmalz . . . . . Pfund 1.00 Mk.  
Gulasch, fädel . . . . . Pfund 1.00 Mk.  
Nudeln . . . . . Pfund 1.20 Mk.  
Gebacktes Rindfleisch . . . . . Pfund 1.00 Mk.  
Gebacktes Schweinefleisch . . . . . Pfund 1.20 Mk.  
ff. Schmorwurst mit G. . . . . Pfund 1.00 Mk.  
Steinwurst, solange Vorrat reicht . . . . . Pfund 1.00 Mk.

**Haberjahn's Fleischzentrale**  
Volgigt 21.







**Sozialdemokratische Partei  
Ortsgruppe Halberstadt**

Sonnabend, 29. März,  
abends 8 Uhr, Sonntag,  
30. März, nachmittags  
3 1/2 Uhr, im „Elysium“

**Sozialistischer  
Kulturtag**

THEMA: **ES WIRKEN MIT!**  
DAS KIN D

Pfennig für alle Veranstaltungen

Eintrittskarten mit Programm bei allen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären

**Arbeiter, Angestellte, Beamte**  
berücksichtigt bei Euren Einkäufen  
**unsere Inserenten!**

**Thale**

Dienstag früh entließ nach langer  
Krankheit im Alter von 19 Jahren  
mein lieber Sohn, unser guter Bruder

**Kurt Wiermann**

In tiefer Trauer  
Albert Wiermann und Kinder,  
Thale, den 28. März 1930.

Die Beerdigung findet am Freitag,  
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Friedhof-  
tavelle aus, statt.



Gute Form und Eleganz,  
Für die Straße, für den Tanz,  
Für Gesellschaft, für die Tour,  
„Salamander“ hat sie nur.

Alleinverkauf für Thale:

**Schuhhaus E. Ernst**

**Bäckerei und Konditorei**  
Kurt Matthieson, Thale a. H., Brückenstraße  
Täglich >> frische Semmeln, reines Roggenbrot,  
Grahambrot für Zuckerkranke, Spezialität: feinstes  
Kindernährweiback.  
... Bekannt für erstklassiges Gebäck und Torten ...

**Freibant Quedlinburg,**  
Freitag, den 28. März, von 13 bis 14 Uhr,  
rotes Hindfleisch 60 Pf.,  
sch. Schmalz 60 Pf.,  
Dammfleisch 60 Pf.

Unter dem Namenwieselfest der Firma  
Schulz Meise aus dem Grundstück am Schiffsteig  
ist die Wau- und Hünneide ausgebrochen.  
Vollgebarung Quedlinburg.

**Sonder-Verkauf in**

**Haus- u. Küchengeräten  
Glas und Porzellan**

ab Freitag, den 28. März 1930  
Günstige Gelegenheit zum Einkauf des Osterbedarfes

**Bazar Fürst - Quedlinburg**

Steinbrücke 4 - - - - - Telefon 671

Mein Geschäft ist am Sonntag von 9-6 Uhr geöffnet!

**Kammer- KL Lichtspiele**

Heute letztmals:  
Saxophonsusi - - Der Hafenbaron

Ab morgen Freitag bis nur einschl. Montag  
Das beste deutsche Großlustspiel der  
letzten fünf Jahre!



In diesem köstlichen und feinsinnigen Groß-  
film schlägt die Heitere, höchste Weisen,  
**Dina Gralla** / **Henry Bender**  
**Mimo u. Dolly** / **Bruno Ziener**  
**Adolf Engers** / **Paul Nörbiger**  
entessen Luststirne von Windstärke 11

Von diesem herrlichen Spielplan spricht  
übermorgen die ganze Stadt!

Außerdem:  
**Der weiße Scheik**

Ein Abenteuererfilm nach dem Roman „King's  
Mate“ von Rosta Forbes. - Rosta Forbes, die  
furchtlose Forscherin und vollkommene englische  
Schriftstellerin ist eine Autorität auf dem Ge-  
biet der Kenntnis des Lebens und der Sitte  
der berühmten Rifftalben. Sie wolle selbst  
mit der Filmexpedition in Marokko und unter-  
stützte den Regisseur Koles in der Auswahl  
der Szenarien und Vollszenen  
**Lilian Hall Davis**  
bekannt aus vielen deutschen Filmen, spielt  
neben Janes Thomas, dem Hauptdarsteller  
aus „Nachwelt“, die Rolle der Rosemarie.  
Warwick Ward, unvergessen als Zatter Emil  
Janngas aus „Väter“, sowie Clifford Mac  
Laglan, ergänzen das Ensemble aus Glückliche.  
Die Syndikats-Woche Die Kulturschau

Sonntag nachmittags 2 Uhr in der  
**Jugend- und Kinder-Vorstellung**  
**Der weiße Scheik**  
und zwei erstklassige Lustspiele.  
Preise von 30 bis 70 Pfennig

**Wäbelpolitur** / **Schüler-Wartin-Salbe**  
Kosmetikfabrik. / gep. Hautschäden u. über  
Reine, Wäbelpolitur.

**Lichtschau LSH spielhaus**

Heute zum letzten Male  
**Oskar Straub Operette „Der letzte Walzer“**

Ab morgen Freitag bis unwiderruflich nur einschl. Montag  
Das schönste und gewaltigste Film-  
werk, das Menschenaugen je gesehen!  
Der Film einer Weltkatastrophe



**Die  
Arche  
Noah**

2 Teile, welche in einem Programm gezeigt werden.  
Moderne und historische Handlung.  
Es ist ein Filmwerk, zu dem die Masse strömen wird, vor dem  
man andächtig wird wie vor den Pyramiden von Gizeh.

Das Herabbrechen der Wasser-  
massen, die Stadt und Menschen  
mit sich fortreißen und vernichten,  
ihre allmähliche Anwachsen bis  
zur jah berechnenden Sintflut,  
kann als ein Meisterwerk der  
Regiekunst gewertet werden.

Massenszenen, die von blühen-  
der Schönheit sind und in ihrem  
ganzen Arrangement und Aufbau  
zu den herrlichsten gehören, was  
uns filmisch je jetzt selbst aus  
dem Lande der unbegrenzten  
Möglichkeiten geboten wurde.

**Wir behaupten,**  
der Monumentalfilm „Die Arche Noah“ ist das gewaltigste  
Filmwerk, das jemals hergestellt wurde

**Wir wissen,**  
daß diese Behauptung ziemlich kühn und überheblich klingt. Wenn  
wir aber trotz des von uns immer aufrechtgehaltenen Grundsatzes,  
**Wahrheit in der Reklame,** diese Behauptung ver-  
öffentlichen, so wissen wir uns hierin unterstützt durch kritische  
Aeusserungen maßgebender Künstler und Journalisten von Welturf

**Wir bitten,**  
überzeugen Sie sich selbst! „Die Arche Noah“ muß  
jeder gesehen haben.

Im weiteren Programm zwei ausgesuchte Lustspiele:  
**Tolle Dinge - - Heimlich gebraut**  
**Jugendliche** haben zu diesem Programm bei vollen Preisen **Zutritt!**  
**Frei- und Vorzugskarten** sind diesmal ausnahmslos ungtig!

Genauere Anfangszeiten des Films „Die Arche Noah“ **W**ednags 6,15 Uhr,  
7,25 Uhr, 9,35 Uhr. - **S**onntags 3 Uhr, 5,10 Uhr, 7,20 Uhr und 9,35 Uhr.

**Sonabend nachm. 2 1/2 Uhr** zeigen wir in einer einmaligen  
**Jugend- und Familien-Vorstellung**  
den gewaltigen Film „Die Arche Noah“ bei billigsten Preisen  
von 30 bis 70 Pfennig.

**Achtung  
Geldfuchser!  
Geld**  
zu niedrigen Sätzen  
Duplikaten u. Fälscher.  
Spez. Sortieren  
sind durch  
E. G. W o n s e l.  
gekauft worden.  
A. B e r t h a d t, R o m m l. 12 L.  
Bürozeit von 9-17 Uhr.

**Langenstein.**  
Am Sonntag, den 30. März 1930  
**Tanz - Kränzchen**  
Anfang 7 Uhr  
Es ladet freundlich ein  
**Hermann Schrader**  
„Festhaus“.

**Wernigerode**

Mein geliebter Sohn, unser in-  
vergeßlicher Bruder  
**Emil Hoedte**  
wurde uns heute durch den Tod  
entziehen.

Wernigerode, 26. März 1930.  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Ww. Berta Hoedte.**

Auf Wunsch des Entschienenen findet  
die Beerdigung im S e m e t a r i u m  
Quedlinburg, in der Nähe statt.

**Nur 1 Tag Achtung! Eintritt frei!**  
**Hausfrauen von Wernigerode u. Umgegend**  
Am Freitag, den 28. März 1930, 2 Vorübungen  
**Probewaschen**

(geprüft von den Benutzenden Deutscher Hausfrauen-Vereine)  
mit dem **Waschapparat „Waschefeul“**, Deutsches Reichspatent  
nachmittags 1/4 und 1/2 Uhr im „Gewerkschaftsbaus“ (Spezialsaal)  
sein Weiben, kein Wärtin, aber 20 Jahre Lebensdauer der Wäsche.  
Nicht im Wettbewerb mit den bereits gezeigten Bieder- und  
Goffe-Waschereien. - **S**ch n u g i e B i e d e r m i t t e n.  
Nach 5 Minuten Waschwasser sauber geruch!  
Belüfter der Vorrichtung erhalten den Apparat bei Befüllung  
im Vorübungsraum am Vorgangstisch von 18.- 1930. -  
Reinigerer Preis 20.- 1930. -  
**Hermann Brede, Magdeburg,** **Quedlinburger**  
Brücke 2.

**Zur Konfirmation**  
empfehle in bekannt besten Qualitäten zu niedrigsten Preisen  
**Obst- und Beerenweine**  
**Achel- und Mostweine**  
**Rotweine**  
**Süd-Weine** vom Faß  
**Zawagoda, Liter 1,20 Rmk.**

**Pa. Spieltuosen**  
in und Fälschungen  
ausgemessen von 1/2 Liter an  
**Zigaretten, Zigarren**  
in reicher Auswahl  
**Hermann Radler**  
Beckestraße 111 Fernsprecher 950.

**Hamburger Fischbörse**  
Inh.: Paul Becker **Breitestraße 99**  
Elisabeth Ledenthin **Fernr. Nr. 464**

empfehle  
**zur Konfirmation**  
**Steinbutt, Heilbutt, Schollen, Rotzungen, Seeloch**  
**Seeforella, Goldbarsch, Schellfisch, Klabliau**  
**Seelachs**  
Täglich frische Anfuhr  
**Lebende Karpfen, Schleie, Aale**  
Sämtliche Räucherwaren sowie Marinaden



# 2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 74

Donnerstag, den 27. März 1930

5. Jahrgang

## Stadtverordnetenversammlung in Halberstadt

Halberstadt, 27. März.

In seiner Voraussage, daß die Verabschiedung des diesjährigen Etats manche Schwierigkeiten mit sich bringen würde, befaßte sich in der gefrigen öffentlichen und mehrmals unterbrochenen Sitzung der Stadtverordneten, in der der Etat — ohne Einzelberatung — gegen die Stimmen der Linken angenommen wurde. Es war ein Schauspiel für Götter, das der Bürgerklub gegen in der Demopropäde hinter Wädheln und Schirmjungen seiner Götter aufstrebte. Der Bürgerklub war in eine feste und hilflose Lage geraten, da er damit gerechnet hatte, daß die Sozialdemokratie sich mit aller Energie für die Verabschiedung des Etats einbringen würde. Wir können es heute ja an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß die Sozialdemokratie durchaus geneigt war, die Annahme des Etats durch ihre Stimmengabe zu sichern. Das sollte aber nicht geschehen, wenn der Bürgerklub seine Bestimmung für die Erfüllung mehrerer sozialdemokratischer Forderungen gelte. Unter den Forderungen befand sich auch die Überbestellung der Volkshochschule in diesem Jahre. Die Sozialdemokraten verlangten, daß eine Kürzung der Volkshochschule ausgeben nicht erfolgen dürfe, wie auch an den jetzigen Unterrichtsämtern und Klubsitzungen festgehalten werden müßte. Weiter wurde gefordert, daß ein jetziger Etat feinerlei Abstriche vorgenommen werden sollten. Ferner wurde die abschließende Sitzung für den 28. März abends ein Uhr festgesetzt. Bekanntlich beschloß die Stadtverordneten früher einmal, einen Fonds zum Neubau einer Schule, dem in jedem Jahre 100 000 RM, ausgesetzt werden sollten, zu schaffen. Würde dieser Beschluß stets ausgeführt werden sein, dann würde der Fonds heute einen Betrag von 700 000 Reichsmark aufweisen und mit dem Bau der Schule würde begonnen werden können. Statt dessen aber ging der Bürgerklub auch in diesem Jahre dazu über, die 100 000 RM zu freigegeben und damit dem Schulneubau in mehrerlei und verwickelte Weise durch die Befreiung von Arbeitsmöglichkeiten, wie er es auch bei anderen Kapiteln des Etats getan hat. Man muß sich über die Haltung des Bürgerklubs in dieser Frage wundern, da er ja doch sonst auch auf dem Standpunkt steht, daß nur Arbeitsbeschaffung Handel und Gewerbe antreiben können. Aber um nicht seine nachteiligen Auswirkungen zu müssen und um eine angemessene Erhöhung der Reallohnverhältnisse zu verhindern, verweigerte er fast alle Mittel zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung.

Alle Forderungen, die die sozialdemokratische Fraktion aufgestellt hatte, wurden vom Bürgerklub abgelehnt. Nach wie vor bestand der Bürgerklub darauf, aus dem Etat weitere 80 000 RM zu streichen und die Zuschläge zu den Reallohnverhältnissen, aus dem diesen Ausschuss durch Erhöhung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität nachzumachen. Es war zwischen den einzelnen Fraktionsgruppen des Bürgerklubs ein ständiger Wettbewerb abgeleitet worden; die Vertreter von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft lagen sich in den Haaren. Keiner von ihnen wollte für Steuern eintreten, keiner von ihnen wollte dem Etat zustimmen, meist angeblich zu hohe Zuschläge zu den Reallohnverhältnissen eingeleitet wären. Dabei hat Halberstadt — wie wir an dieser Stelle schon einmal feststellten — die Steuerzuschläge, die es mit unter den Zuschlägen hat, wegen. Auch jetzt bei einer Erhöhung in dem Umfang, wie sie vom Magistrat verlangt wurde, sind unsere Steuern an die Durchschnittszahl mittelständischer Städte noch nicht angelangt. Nach Steuer- und einseitige Beschlüssen hatten den Bürgerklub schon in der letzten Sitzung der Stadtverordneten bestimmt, das fünfte Steuererleichterungsabkommen. Keiner lehnte er wieder eine Erhöhung der Reallohnverhältnisse ab. In der Zwischenzeit nicht einmal den Preis für seine eigenen Äußerungen, die eine Ermäßigung der Zuschläge gegenüber den Voranschlägen des Magistrats vorlag, zu stimmen. So kam es denn, daß gestern in der Stadtverordnetenversammlung keine Zuschläge für die Reallohnverhältnisse festgelegt wurden.

Über etwas Schlimmeres jedoch. Der Bürgerklub in seiner Mehrheit lehnte eine Erhöhung der städtischen Tarife für Elektrizität, Gas und Wasser durch. Es wurde vom Bürgerklub beschloßen den Preis für eine Kilowattstunde auf 28 Pfg. festzusetzen. Ein Kubikmeter Gas soll 16 Pfg. und ein Kubikmeter Wasser soll 31 Pfg. kosten.

Ehe es aber zu diesem Beschlusse kam, wurde die Sitzung zweimal auf längere Zeit unterbrochen. Das war einmal nach der Generaldebatte und dann, als die Sozialdemokraten den Antrag auf Verlegung der Etat-Verarbeitung stellten. Eine maßvolle Bestärkung ertollt beim Bürgerklub Platz, als durch diesen Antrag

die Etatberatungen in Frage gestellt waren. Sofort aber zeigte er mit einem Gegenruf ein und ließ durch den Stadtdirektorordnungsleiter Dr. Müller erklären, daß mit einer Verabschiedung des Etats dann in dieser Woche nicht mehr gerechnet werden könnte. Früherstens könnte nach dem 1. April — so wurde erklärt — eine Sitzung stattfinden. Diese Erklärungen wurden vom Oberbürgermeister Bede ganz richtig als Distinktion gedeutet, denn er beantragte turg entschloß, der Stadtdirektion einen Protest zu beschließen, nach dem in bisherigen Rahmen weiter gearbeitet werden könnte.

Wieder gab es Hullo beim Bürgerklub. Wieder wurde die Sitzung verlegt. Wieder verhandelten die einzelnen Fraktionen über die dringliche Situation. Es stellte sich heraus, daß der Bürgerklub und seine Anhänger dem Protest nicht zustimmen wollten. Damit wäre die Stadtdirektion vom 1. April in eine sehr lässige Lage gekommen. Nun griff wiederum die sozialdemokratische Fraktion ein und zog ihren Verlegungsantrag zurück, da der Protest keine Aussicht auf Annahme hatte. Sie ließ durch denselben Bahn erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion die städtische Wirtschaft vor den Schwierigkeiten bewahren wolle, die sich aus einer energiegelosen Abweisung des Protestes resultieren würden. Um die Fortführung der Reallohnverhältnisse zu sichern und ferner um Höhe und Gehälter ordnungsmäßig zur Auszahlung kommen zu lassen, zog sie den Verlegungsantrag zurück und ermöglichte damit die Verabschiedung des Etats.

Wie schon gesagt, verurteilte der Bürgerklub den armen Leuten das Gas und den Strom und was fogar bereit, den großen Brand zu begehen eine hohe Prämie zu geben und abschließliche Steuerzuschläge zu machen. Gelingen aber in der Bürgerklubaktion in diesen die Zuschläge nicht weitgehend genug. Sie wollten überhaupt keine Steuern zahlen. Und so bestand im Bürgerklub die Gefahr, daß auch Fraktionsmitglieder wahrheitsgemäß die Disziplin brechen würden, wenn der Bürgerklub Zuschläge zu den Reallohnverhältnissen. Um nun ein Zerfallen des Bürgerklubs zu vermeiden, unterließ es sein Führer, an den eigenen Anträgen festzuhalten.

Damit aber ist die Frage teilsweise aus der Welt geschafft, denn die Stadt braucht die Steuern. Es handelt sich in diesem Falle um 480 000 RM. Nachdem nun also gestern die Steuern verweigert sind, wird sich die Auflichtsbehörde mit der Festsetzung der Zuschläge zu den Reallohnverhältnissen zu befassen haben. Das es soweit kommen mußte, ist die Schuld des Bürgerklubs. Das Gerde seiner Führer und die Belohnung um das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden war gar nicht ehrsüchtig. Es ist fast, daß der Bürgerklub gar nicht das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden will. Er hat die Stadt bloß verurteilt und hat sich ein Zeugnis der Inertheit, die Geschichte einer Stadt im Interesse des Gesamtwohls nicht setzen zu können, ausgehollt. Er hat die Stadt an die Auflichtsbehörde ausgeliefert, hatte aus reiner Inerthaltung verhandelt, die Verantwortung vor sich abzuschützen, und fand sich nur bereit, die Massen der arbeitenden Bevölkerung mit höheren Tarifen zu „beglücken“.

Weiter fügten sich der Demotri Harwig und der Zentrumsmann Schilling harmonisch in die Bürgerklubfront ein. Vom Stadtdirektor Schilling hatte man eigentlich etwas anderes erwartet. Denn er war es, der in einer kurzen Rede u. a. darauf hinwies, daß die fehlerhafte Wirtschaftsweise der armen Leuten in Halberstadt zusammenkam, das ergab der Hinweis über die Einziehung der Kirchensteuer. Nun, Herr Schilling, angesichts dieser von Ihnen mit christlichem Rathos vorgebrachten Tatsachen brachten sie dennoch den Mut auf, mit dem Bürgerklub den armen Leuten Gas und Elektrizität zu verteuern? Nicht löbne Worte, sondern Tadel sind für uns für die Beurteilung von Leuten maßgebend.

Der Stadtdirektor Valentini brachte es gestern fertig, einen Sololanz aufzuführen, in dem er — zu spät und nach Beschlußfassung über den Etat — die Erhöhung der Steuern für das Theater, für das Musiktheater, für den Flugplatz usw. verlangte. Sein Verlangen war sicherlich eine eigenmächtige Handlung. Daß er mit seinen Anträgen mit Berichtigung kam, würde recht sein. Aber es ist einmal so: Sololanz müssen Qualitäten aufweisen und vor allem aufmerksamer und präzis sein.

Die gefrigen Vorgänge bei der Verabschiedung waren — abgesehen von diesem eben geschilderten heiligen Juchens — eine ernste Angelegenheit. Was erschaffen sich da nicht alles für Zustände? Was bedeutet es vor allem für eine bürgerlich verarmte Stadt, wenn die bürgerliche Mehrheit trennt wird? Was wird da der kommende Oberbürgermeister mit seiner bürgerlichen Mehrheit alles auszuwickeln haben?

Es zeigte sich, daß die im Bürgerklub vereinigten Gruppen ohne bestimmte kommunalpolitische Richtlinien dahinführten, lediglich nur darauf bedacht, Ratten von sich abzuwälzen und sich auf Kosten der wertvollen Bevölkerung von den Steuern zu drücken. Bessern erschien mir das behauerische Schauspiel, daß der Oberbürgermeister im Bürgerklub eine höhere Prämie verlangte und auch zugestanden erhielt. Das sollte dadurch geschehen, daß der Flugplatz zum bebauten und unbebauten Grundbesitz unterschiedlich festgelegt werden sollte. Daneben sollten auch die Gewerbetreibenden und die anderen Gruppen Steuererleichterungen erhalten. Der Bürgerklub bekam aber Angst vor der eigenen Courage und getraute sich nicht, für seine Steuererleichterungsanträge zu stimmen. Einzig war er bei der Erhöhung der städtischen Tarife, die in erhöhtem Maße zum Ausgleich des Etats herangezogen werden sollten.

Jetzt hat die Auflichtsbehörde das Wort. Es wird für Halberstadt die Reallohnverhältnisse festlegen müssen. Vielleicht werden sich die Herren von Halberstadt nachher aber doch wundern, wenn das die Ende kommt. Nach unserer Schätzung wird die Auflichtsbehörde bestimmt nicht geringere Steuerzuschläge festlegen, sondern sie den der vergleichbaren Kommunen anpassen. Dadurch kann es kommen, daß Halberstadt insofern auf niedrige Reallohnverhältnisse eine ungünstige Stellung verliert. So werden dann die Einkünfte des Gemeindefiskus bestenfalls, was sie wollen. Und die Ausnahmebestellung der drei oder vier Großgründer für ihre unbebauten Spekulationsobjekte dürfte ebenfalls kaum die Zustimmung der Auflichtsinstanzen finden. Die Zeit ist des Bürgerklubs ähnelte der jener „Obersten Herrschaften“, die „sich strategisch flug zurückzog“, um nachher den ganzen Krieg zu verlieren.

## 50 Millionen Mark verpulvert.

### Das Werk deutschnationaler Bankdirektoren.

Es war im Januar 1925. Die Barnahöhe ralle. Die bloße Tatsache, daß ein Staatsinstitut an einen Privatkonern Kredit gegeben hatte, wurde von der Reden und ihrer Presseleute wie ein Verbrechen hingestellt, das berechtigte, jeden Kritiker anguspuhen, der auch nur ganz von ferne etwas mit dieser Kreditvergabe zu tun hatte. Schon damals waren einflussreiche Männer der Sozialdemokratie darauf hin, daß während des ganzen Jahres 1924 eine Kreditphysiologie geherrscht hatte, aus der heraus fällt wie Barmat oder Kautler lediglich zu begreifen seien. Der plötzlichen Umstellung von der Inflation auf die Festmark war nicht im gleichen Tempo die innere Umstellung der Geschäftswelt erfolgt. Die „Schwermere“, dieser Geist der Inflationenzeit, behaupteten noch lange ihre Herrschaft, als ihre Grundlage schon behingefunden war, das Bargeld blieb noch lange Zeit verachtet und verächtlich; — wollte doch selbst die Preussische Seehandlung im Jahre 1924 noch nicht an eine Dauer der Stabilisierung glauben.

Für die Allgemeinheit der Erscheinung einer falschen Kredit-

politik wurden Beispiele angeführt. So wies Ende Januar 1924 der Reichstagsabgeordnete, jetzige Reichstagsler Hermann Müller, in einer Rede zum Fall Barmat darauf hin, daß von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ein Bankinstitut (die Raiffeisenbank) etwa 140 Millionen Mark bekommen und anschließend das Geld teilweise in Spekulationen angelegt habe, so habe die Raiffeisenbank auf des Berliner Hotel „Russischer Hof“, das doch sicherlich nichts mit Genossenschaftswesen zu tun habe, eine Hypothek von 3 Millionen Mark gegeben.

Prompt erfolgte die Dementis. Der Präsident Semper der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ließ der Presse eine Erklärung geben, wonach die Raiffeisenbank auf des Raiffeisenbank völlig in Ordnung seien. Dasselbe berichtete Herr Semper amtlich an den preussischen Finanzminister. Ebenso dementierte die Raiffeisenbank.

Hinter den Kulissen sich es freilich ganz anders aus: da fand eine Auflichtsentscheidung der Raiffeisenbank — im gleichen Januar

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck. Die FREUDE der KURMARK RAUCHER

Den endgültigen Qualitätsbeweis Raucher selbst.

Ich rauche täglich wenigstens 30 Stück Kurmark. Ich kenne kein anderes Fabrikat, das in unveränderter Güte zu bekommen ist und zugleich so anregend ist, die Lungenmacht nicht ebenso gut wie das eine. Nach jeder meiner Freunde war mir auf alle Fälle dankbar, dass ich ihm um die Kurmark.



MAZEDONEN-MISCHUNG

51

KURMARK

Die Qualität der neuen Epoche!



# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechs Mal und zwar mittags, mit Ausnahme des Sonntags und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Filialen und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2214. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Dieder, G. m. b. H. Vertriebsstelle für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wittenberg, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Helms u. Salzwedel Kurt Zreff, sämtl. in Halberstadt.

**Ausgabepreis** die abgesetzene Kolonizelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgesehen ist bei der Zahlung vorzuziehende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2213), Reichendamer Platz Wernigerode 452a und Volkshandlung (Steinwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 74

Donnerstag, den 27. März 1930

5. Jahrgang

## Regierungskrise?

### Heute muß die Entscheidung fallen.

#### Ergebnisse Verhandlungen.

Amlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Reichstagsers abgehaltenen Besprechung der Führer der Regierungsparteien wurden die Verhandlungen über das Finanzprogramm fortgesetzt. Die Besprechungen werden in einer für Donnerstag 10 Uhr anberaumten Sitzung zum Abschluß gebracht werden.

Die politische Lage hat sich auch am Mittwoch noch nicht geklärt. Die Verhandlungen der Parteiführer, die den ganzen Nachmittag dauerten, haben vorerst noch keine Annäherung der Parteien ergeben. Unverkäuflich groß ist der Gegensatz bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem Steuererhebungsprogramm. Demgegenüber treten die Meinungsverschiedenheiten, die bei den Steuererhebungen für das Jahr 1930 bestehen, in den Hintergrund.

Der Vermittlungsvorschlag zur Arbeitslosenversicherung, der in den Reichstagsverhandlungen vom Dienstag von Demokraten und Zentrum gemacht wurde, ist von der Deutschen Volkspartei im wesentlichen abgelehnt worden, als sie nicht bereit ist, eine Beitragserhöhung über 3½ Prozent hinaus zu billigen. Die Sozialdemokratie, die den Vorschlag abgelehnt hatte, weil er die bisherige unbeschränkte Darlehenspflicht des Reiches in eine beschränkte zurückverwandelt, hat in den Parteiführerbesprechungen einen neuen Vorschlag gemacht. Er weist in drei Punkten den neuen Antrag der Mittelparteien ab, und zwar: erstens, wenn die Zuschüsse des Reiches nicht ausreichen, das Reich der notwendigen Bedeckung durch Darlehen decken. Ferner soll der Vorstand der Reichsanstalt, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern, lediglich ermächtigt werden, die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Vermehrung zu treffen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform des Gesetzes unterbreiten. Soweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann der Vorstand die Beiträge auf 3½ Prozent erhöhen. Schließlich soll eine Veränderung der gesetzlich festgesetzten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Von diesen Abänderungsvorschlägen hat die Aufrechterhaltung der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reiches die größte Bedeutung. Sie löst jedoch im bürgerlichen Lager ebenfalls auf den allergrößten Widerstand, da sämtliche bürgerlichen Regierungsparteien eine Beschränkung der Leistungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung wünschen. Die einen wie zum Beispiel die Deutsche Volkspartei, weil sie damit den Abgang zum Abbau der Leistungen ausüben wollen, die anderen, Demokraten und Zentrum, weil sie die Unsicherheit, die dem Reichschat durch die Arbeitslosenversicherung droht, zu beseitigen wünschen. Das ist nicht gelang, in der allgemeinen Besprechung die Gegenstände auszuräumen, wurden die sozialpolitischen Sachverhältnisse der Fraktionen zu einer Sonderberatung veranlaßt, die am Mittwoch in den Abendstunden stattfand.

Bei der Ausgabenreparatur und Steuererhebung treten ebenfalls die bereits in der Nachmittags Sitzung am Mittwoch vorhandenen Gegensätze hervor. Obwohl unbestritten ist, daß die durch den Fortfall der Schuldenfiktio und ähnlicher Fiktionen im Jahre 1931 eintretenden Ersparnisse zur Senkung von Steuern Verwendung finden sollen, bestehen sowohl über die Höhe als auch über die Art dieser Steuererhebung abweichende Meinungen. Die Deutsche Volkspartei verlangt Festsetzung von

Steuererhebungen in Höhe von 700 Millionen, obwohl die Reichsregierung nur mit einer Ausgabenreparatur von 600 Millionen rechnet. Von der Sozialdemokratie wird dagegen geltend gemacht, daß diese Summe überschätzt wird, so daß es gefährlich sei, schon jetzt Steuererhebungen in diesem Ausmaß zu beschließen. Die Deutsche Volkspartei will außerdem nur eine Senkung von solchen Steuern, die den Weibschonsten, während die Sozialdemokratie auch die Senkung der Lohnsteuer und der Zuckerversteuer, die bereits in dem Dezemberprogramm der Reichsregierung vorgesehen war, festgelegt wissen will.

Am geringsten sind die Meinungsverschiedenheiten über die Steuererhebungen. Die Mineralwassersteuer findet sehr starken Widerstand, so daß sie voraussichtlich fallen wird. Der Fischbetrag kann durch die Benzolbesteuerung aufgehoben werden, wenn die innere Ausgleichsabgabe so hoch festgelegt wird, daß ein Sonderertrag aus der infanziblen Erzeuger für Benzin und Benzol vernichtet wird. Die Sozialdemokratie besteht ferner darauf, daß die Aufhebung der Lohnsteuererhebungen im Jahre 1931 nicht erfolgt und die übrigen Parteien sich hierzu jetzt bereits festlegen.

Ob es in den weiteren für Donnerstag in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird, zu einer Verständigung zu kommen und damit die Krise der Regierung und die Gefährdung des parlamentarischen Systems durch die drohende Anwendung des Art. 48 zu verhindern,

wird in erster Linie davon abhängen, ob die Sozialdemokratie ausreichende Sicherungen für den Verlauf der Arbeitslosenversicherung durchsetzen kann. In dieser Frage ist die Deutsche Volkspartei durch ihre bisherige Haltung jedoch auf das härteste gebunden. In das obere vorerst noch sehr fraglich ist, ob das Ziel der Sozialdemokratie erreicht werden kann und dadurch der Weg frei wird zu einer, wenn auch schwächeren, so doch immerhin denkbaren Einigung in den übrigen Finanzfragen.

#### Auf dem toten Punkt.

Die Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die am Mittwoch bis 22.30 Uhr über die Arbeitslosenversicherung geführt wurden, verliefen ebenfalls ergebnislos. Heute vormittag wieder die Parteiführer nach, was mit der Lage Befassen, anschließend tritt das Reichstagsabstimmung.

#### Weiteres Verhandeln zwecklos.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, schreibt heute morgen zu dem bisherigen Verlauf der interfraktionellen Verhandlungen über die Finanzprobleme: „Es wird sich im Laufe des heutigen Vormittags zeigen müssen, ob eine Einigung der Parteien gefunden werden kann. Für den Fall, daß auch die für heute vorgesehene Parteiführerkonferenz ohne klare Ergebnisse bleibe, können wir unsere Zustimmung nur wiederholen, daß dann weitere Verhandlungen und ein weiteres Hin- und Hergehen der Entscheidung nicht nur zwecklos sind, sondern den Interessen des Reiches und auch der bürgerlichen Demokratie nur abträglich sein können. An die Stelle der Verhandlungen werden dann verantwortungs-

benutzte Entscheidungen treten müssen, um jene gefährliche Lücke auszufüllen, die das Vergehen der Parteien offen gemacht hat.“

#### Regierungs-Rücktritt?

Der „Vorwärts“ äußert starke Bedenken, ob bei der Haltung der Deutschen Volkspartei in der Arbeitslosenversicherungsfrage in der heutigen Beratungen ein Ergebnis erzielt werden könne. Wenn keine Einigung zustande kommt, dann habe es das Kabinett zunächst nur mit seiner eigenen Vorgabe zu tun, deren schleunigste Erledigung es dann vom Reichstag verlangen müßte. Ein Rücktritt der Regierung kann ebenso logischerweise nur dann in Frage kommen, wenn der Reichstag die Entscheidung der Ministerkonferenzen verweigert oder wenn er sie ablehnt oder schließlich wenn er sie so modifiziert, daß die Zustimmung verweigert zu müssen glaubt. Uns scheint es auf alle Fälle die Pflicht der Regierungsparteien zu sein, der Regierung die Vertretung ihrer Vorklagen vor dem Reichstag zu ermöglichen und in aller Offenlichkeit die Entscheidung über das Schicksal der Finanzreform und damit auch der Regierung herbeizuführen.

#### Wenn der Reichstag verjagt.

Dann tritt Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft. Berlin, 27. März. (Eig. Funkn.) In unterirdischen Kreisen verläutelt, daß der Reichspräsident, entschlossen ist, ein Finanzreform auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen und zu diesem Zweck ein Kabinett bereits in Aussicht genommen habe.

## Der Justizetat vor dem Landtage.

### Verlängerung der Gewerbesteuer. — Auch die „freien Berufe“ müssen zahlen.

Berlin, 26. März. (Eig. Bericht.)

Der Landtag verabschiedete am Mittwoch in dritter Lesung und damit endgültig das Gesetz über die

#### Aufhebung der Fideikommission.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes muß nunmehr die Aufhebung der Fideikommission bis 1933 vollzogen sein. Damit ist der zwingende



Das bei dieser Auftragsarbeit die Sozialdemokratie den Minister tatkräftig unterstützt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß die sozialdemokratische Fraktion durch den

#### Abg. Brückner

an den jetzigen Zuständen der Preussischen Justiz scharfe Kritik übt. Bei allen Reformbestrebungen des Ministers liegt noch sehr vieles im Argen, sei es nun rein organisatorisch, wie in Berlin bei den Arbeits- und Sondergerichten, sei es bei der Strafverfolgung ganz geringfügiger Delikte, bei denen es sich um Werte von fünf Mark bis herab zu 15 Pfennig handelt oder bei den ungenügenden Fällen die Strafverfolgung von sogenannten Reineben. Über darüber hinaus ist es vor allem die Verschwendung der Urteile, die der Öffentlichkeit das Recht geben, noch von einer „Klassenjustiz“ zu sprechen. Wenn der junge Graf Stolberg wegen „schlafender Lösung“ zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wird und ein Arbeiter, der seinen als Trunkenbold bekannten Vater in der Notwehr und in dem Augenblick erschießt, als dieser die Mutter aufs äußerste bedroht, 12 Jahre Zuchthaus aufgefahrt bekommt, so kann nur immer wiederkehrende Kritik solcher Zustände den Anstoß zur Besserung geben. Das gleiche trifft auch zu gegenüber der offenen und versteckten Klassenungleichheit in der Justiz.

Auch mit den Anhängern der Todesstrafe redmet der sozialdemokratische Redner sehr gründlich ab. Abgesehen davon, daß schon jetzt menschlich gesehen in einem geordneten Staatswesen die Todesstrafe nicht die ultima ratio sein darf, die Todesstrafe, daß bei einem Geburtenfall die häufige Arbeit des Verkäufers ihre parabolisch, sollte genügen, dieses barbarische, mittelalterliche Bestrafungsmittel abzuschaffen. Die Kommunisten, die für Deutschland zwar die Todesstrafe abschaffen wollen, aber jede von den vierzig täglich in Rußland zugelassenen Hinrichtungen nicht nur billigen, sondern auch noch als Kollapsmittel verherrlichen, müßten bei diesen Ausführungen betreten schweigen.

Ein Kapitel für sich ist der Puppelparagraph. Es kommt zu 2. Immer wieder vor, daß ein Mörder wegen Puppel verurteilt wird, weil die Tochter mit ihrem Verlobten in der Wohnung unbeschiedet zusammen war. Auch hier muß endlich und gründlich Wandel geschaffen werden. Sollte man alle Mörder wegen desselben „Verbrechens“ unter Anklage stellen, das Holz in den deutschen Wäldern würde nicht ausreichen, um daraus Anklagebände zu zimmern. Auch die meisten Strafen müßten ihre gesetzlichen Pflichten verlieren.

Abg. Süßide (Dn) verteidigte selbstverständlich das System der heutigen Justiz. Für ihn gibt es bei den Richtern ausnahmslos nur Unparteilichkeit und Willkür, woran ein gelegentliches „Fehlurteil“ nichts ändern könne. Abg. Rief (Frk) stellte fest, daß die Wirksamkeit des Ministers es doch gebracht habe, daß man heute immer weniger von einer Breitenreife der Justiz hört. Der Kommunist D. u. b. beschwerte sich über die ungerechte Behandlung seiner Parteifreunde.

Weiterberatung Donnerstag.